

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

**Initiative «gegen den Missbrauch des Bankgeheimnisses und der  
Bankenmacht»**

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Escher, Regina  
Hirter, Hans

## Bevorzugte Zitierweise

Escher, Regina; Hirter, Hans 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Initiative «gegen den Missbrauch des Bankgeheimnisses und der Bankenmacht», 1979 – 1984*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 17.05.2025.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Chronik</b>	1
<b>Wirtschaft</b>	1
Geld, Wahrung und Kredit	1
Banken	1

## Abkürzungsverzeichnis

<b>SBVg</b>	Schweizerische Bankiervereinigung
<b>SGB</b>	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
<b>EVED</b>	Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement
<b>BGer / TF</b>	Bundesgericht / Tribunal fédéral

---

<b>ASB</b>	Association suisse des banquiers
<b>USS</b>	Union syndicale suisse
<b>DFTCE</b>	Département fédéral des transports, des communications et de l'énergie
<b>BGer / TF</b>	Bundesgericht / Tribunal fédéral

# Allgemeine Chronik

## Wirtschaft

### Geld, Währung und Kredit

#### Banken

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 08.10.1979  
HANS HIRTER

Bestimmt hatte der «Chiasso-Skandal» und noch weitere publikgewordene Bankskandale der Sozialdemokratischen Partei das Sammeln von Unterschriften für ihre Initiative **«gegen den Missbrauch des Bankgeheimnisses und der Bankenmacht»** erheblich erleichtert. Die Volksinitiative konnte am 8. Oktober **mit 121'882 gültigen Unterschriften eingereicht** werden.<sup>1</sup>

BUNDESRATSGESCHÄFT  
DATUM: 18.08.1982  
HANS HIRTER

**Wesentlich einschränkendere Vorschriften möchte eine 1979 von den Sozialdemokraten eingereichte Volksinitiative einführen. So soll sich die Auskunftspflicht der Banken gegenüber in- und ausländischen Behörden auch auf Fälle der Steuerhinterziehung und des Kapitalexports erstrecken.** Im Weiteren sollen die Publizitätsbestimmungen erweitert und sämtliche Beteiligungen offengelegt werden, wobei die höchstzulässigen wirtschaftlichen Verflechtungen durch ein Gesetz definiert würden. Als letzter Punkt wird die Schaffung einer obligatorischen Einlageversicherung postuliert. **Der Bundesrat bekundet in seiner im Berichtsjahr veröffentlichten Botschaft für einige dieser Anliegen ein gewisses Verständnis, die Lösungsvorschläge gehen ihm aber mit Ausnahme der Einlageversicherung zu weit.** Er lehnt deshalb das Volksbegehren ab und stellt ihm auch keinen Gegenvorschlag gegenüber. Er weist in seiner Begründung darauf hin, dass bestimmte Neuerungen, wie etwa die Aufhebung des Bankgeheimnisses bei Ermittlungen wegen Steuerbetrugs, bereits beschlossen worden sind und andere, wie etwa die Verbesserung der Transparenz der Bilanzen im Rahmen der zur Zeit laufenden Revisionen des Bankgesetzes und des Aktienrechts, vorgenommen werden können. Die bürgerlichen Parteien und die Bankiervereinigung (SBVg) reagierten auf die Ausführungen des Bundesrates vorwiegend positiv. Für die SP hingegen sind die in der Botschaft angeführten Bestrebungen ungenügend und zudem sei deren Verwirklichung angesichts der bürgerlichen Parlamentsmehrheit noch keineswegs gesichert; sie hält deshalb an ihrer Initiative fest.<sup>2</sup>

BUNDESRATSGESCHÄFT  
DATUM: 15.03.1983  
REGINA ESCHER

**Ein herausragendes bankenpolitisches Thema bildete 1983 die Auseinandersetzung um das schweizerische Bankgeheimnis.** Von der politischen Linken wurde betont, die besondere Ausgestaltung des Bankgeheimnisses begünstige die Steuerhinterziehung und wirke als Magnet für ausländisches Fluchtgeld. **Die Lockerung des Bankgeheimnisses gegenüber den Steuerbehörden und die Verbesserung der internationalen Rechtshilfe in Steuersachen sind wesentliche Punkte der von der SPS 1979 eingereichten Bankeninitiative.** Nach dem negativen Entscheid des Bundesrates vom Vorjahr verwarf nun auch das eidgenössische Parlament die Volksinitiative, ohne ihr einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Neben den Sozialdemokraten setzte sich nur gerade die PdA/PSA/POCH-Fraktion für das Begehren ein. Als Hauptargumente der Gegner dienten einerseits der Schutz der Persönlichkeitssphäre in Vermögensangelegenheiten und andererseits der Wunsch, die Banken als wichtige Quelle des Wohlstandes der Schweiz in ihrer Handlungsfreiheit nicht zu sehr einzuschränken. Die bürgerlichen Sprecher unterstrichen das Vorhandensein von Mechanismen zur Selbstkontrolle der Banken bei der Entgegennahme von Fremdgeldern; eine zentrale Rolle spiele dabei die Vereinbarung über die Sorgfaltspflicht. Ein Vertreter der LdU/EVP-Fraktion stufte das Volksbegehren als Attacke gegen die liberale Wirtschaftsordnung ein. Votanten der SPS hoben hervor, dass die Initiative sich nicht gegen die Banken richte; deren Tätigkeit müsse aber ethischen und moralischen Kriterien standhalten. Die ungehemmte Annahme von «schmutzigen Geldern» habe das Ansehen der Schweiz im Ausland geschädigt.<sup>3</sup>

**BERICHT**  
DATUM: 12.11.1983  
REGINA ESCHER

**Im anlaufenden Abstimmungskampf erhielt die sozialdemokratische Bankeninitiative Unterstützung durch den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB). Zudem startete die Aktion Finanzplatz Schweiz – Dritte Welt eine Kampagne zugunsten des Begehrens,** die Aktion konzentrierte sich dabei auf die Fluchtgeldproblematik. Auf der Seite der Initiativgegner zeichnete sich vor allem ein weitreichendes Engagement der Banken (SBVg) ab.<sup>4</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**  
DATUM: 12.05.1984  
HANS HIRTER

**Im politischen Bereich stand 1984 für die Banken die Volksabstimmung über die Bankeninitiative der SPS im Mittelpunkt des Interesses.** Da es sich dabei nach Ansicht der Banken um einen grundlegenden Angriff nicht nur auf ihre eigene Stellung, sondern auf die Wirtschaftsverfassung und die Freiheitsrechte des Einzelnen handelte, erstaunt es nicht, dass der Abstimmungskampf mit grossem personellem und materiellem Einsatz geführt wurde. Dabei kam den Banken zugute, dass sie als wichtige Wirtschaftsbranche ohnehin seit Jahren in den Massenmedien Imagepflege betreiben (z.B. regelmässige Anzeigeseiten in der Presse sowie TV-Spots) und nun auf diesem Weg ihre Meinung zu den vom Volksbegehren aufgeworfenen Fragen verbreiten konnten. Da sie sich hüteten, die Bankeninitiative in der Fernsehwerbung direkt zu erwähnen – dies wäre gemäss den Statuten des Werbefernsehens unerlaubte politische Propaganda – lehnten das EVED und auch das Bundesgericht (BGer) eine von der SP eingereichte Beschwerde ab. Unter den Parteien fand die SP lediglich bei der äusseren Linken und der NA Unterstützung; dazu gesellte sich noch als einziger wichtiger Verband der SGB.<sup>5</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 20.05.1984  
HANS HIRTER

**In der Abstimmung vom 20. Mai wurde das Begehren mit 464'637 Ja zu 1'258'964 Nein deutlich abgelehnt.** Eine unmittelbar nach dem Urnengang vorgenommene Analyse auf Befragungsbasis ergab, dass es der SP nicht einmal gelungen war, ihre eigenen Sympathisanten eindeutig für ihren Vorstoss zu erwärmen. Bei den Entscheidungsmotiven der Befürworter überwog der Wunsch nach einer effektiveren Bekämpfung der Steuerhinterziehung das Interesse an einer Abwehr von sogenannten Fluchtgeldern. Für die Mehrheit der Gegner war die Furcht vor einer Bedrohung der Privatsphäre ausschlaggebend; daneben wurde auch die Gefahr einer Beeinträchtigung schweizerischer Wirtschaftsinteressen relativ häufig erwähnt.

#### **Abstimmung vom 20. Mai 1984 Initiative gegen den Missbrauch des Bankgeheimnisses und der Bankenmacht**

Beteiligung: 42.5%  
Ja: 464'637 (26.9%)  
Nein: 1'258'964 (73.1%)

Parolen:

- Ja: GPS, PdA, Poch, SD/NA (1\*), SPS; SGB
- Nein: CVP, EDU, EVP (2\*), FDP, LdU (2\*), LPS, Rep., SVP; eco, SAV, SBV, SGV, VSA

\* Anzahl abweichender Kantonalsektionen<sup>6</sup>

---

1) BBl, 1979, III, S. 737 ff.; SBVg, Jahresbericht 67/1978–79, S. 67 ff.; Strasser (1979). Bankplatz Schweiz heute.; Ungerer (1979). Finanzplatz Schweiz: seine Geschichte, Bedeutung und Zukunft.

2) BBl, 1982, II, S. 1201 ff.; LNN, 19.8.82; SP-Info, 30.8.82.; SBVg, Jahresbericht, 1981/82, S. 53 ff.; Senn (1982). Die Schweizer Banken zwischen Politik und Geschäftstätigkeit; Wirtschaftspolitische Mitteilungen, Nr. 4, Zürich 1982

3) AB NR, 1983, S. 400 ff.; AB SR, 1983, S.169 ff.; BBl, 1983, II, S. 701 f.; Presse vom 16.3. und 8.6.83 ;SGB, 17.3.83; SP-Information, 29.8. und 8.12.83; NZZ, 27.9. und 28.9.83; JdG, 1.10.83; SAZ, 17.11.83.; SBVg, Jahresbericht, 1982/83, S. 71 ff.

4) BaZ, 2.9.83; 24 Heures, 2.9.83; SGB, 25, 8.9.83; TW, 12.11.83.

5) TAM, 12.5.84; Vr, 16.1.84; NZZ, 18.1.84; Bund, 10.3.84; TW, 10.4.84; TA, 16.3.85.

6) BBl, 1984, II, S. 989 ff.; Presse vom 21.5.84.; VOX (1984). Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 20. Mai 1984.pdf